



## NIEDERSCHRIFT

### 16. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt

---

|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Donnerstag, 15.11.2012                       |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:00 Uhr                                    |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 19:55 Uhr                                    |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal) |

---

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv. Steinbusch,  
Hans-Rainer

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion

Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion

Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv. Brühl,  
Dietmar

Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion

Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied

#### Abwesend waren:

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion

entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung  
Vorlage: 2012/0548
2. Fragestunde für Einwohner  
Vorlage: 2012/0549
3. Bericht der Verwaltung  
Vorlage: 2012/0550
4. Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container  
hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 02.10.2012  
Vorlage: 2012/0492
5. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Notunterkünfte der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000 mit Wirkung zum 01.01.2013  
Vorlage: 2012/0499
6. Regionale Strukturreform;  
hier: Auflösung des Regio Aachen e.V. und Gründung des Zweckverbandes Region Aachen  
Vorlage: 2012/0472
7. Hebesatzsatzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2012/0525
8. Anfragen und Mitteilungen  
Vorlage: 2012/0551
9. Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);  
hier: Satzung zur Dichtheitsprüfung  
Bürgerantrag der Familie Schwan (Bürgerinitiative "Alles dicht in Alsdorf"),  
eingegangen am 29.10.2012  
Vorlage: 2012/0555
10. GGS Kellersberg/Ost  
hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2012/0556
11. a) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Saint-Brieuc  
b) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Brunssum  
Vorlage: 2012/0557

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil:

---

zu 1      **Eröffnung der Sitzung**  
            **Vorlage: 2012/0548**

---

#### Protokoll:

**Herr Bürgermeister Sonders** eröffnet gegen 18.00 Uhr die 16. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf.

Er begrüßt

- die Mitglieder des Hauptausschusses,
- die anwesenden Zuhörer/innen und den Vertreter der Presse, Herrn Bubel,
- sowie die Mitarbeiter/innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, Herrn Jordans und Frau Rietz, FG 1.1, Frau Cetin, Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten zurzeit FG 1.1 - Büro des Rates, Frau Koch, FG 3.1, Herrn Müller, FG 5.3 – Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Herrn Theißing, Eigenbetrieb Technische Dienste, sowie Frau Scheefe, FG 1.1 – Schriftführerin.

Er stellt fest, dass mit Einladung vom 29.10.2012 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Hieran anschließend informiert Herr Bürgermeister Sonders darüber, dass zur heutigen Sitzung folgende Unterlagen **nachgereicht** wurden:

#### Öffentlicher Teil

TOP 3      Bericht der Verwaltung  
            Vorlage: 2012/0550

#### Nichtöffentlicher Teil

TOP 1      Bericht der Verwaltung  
            Vorlage: 2012/0552

TOP 5      Bebauungsplan Nr. 221 - Stadtplatz, Grundverkauf durch die Stadt Alsdorf;  
            hier: Änderung des Ratsbeschlusses vom 03.02.2011 durch Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW  
            Vorlage: 2012/0526

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

### Öffentlicher Teil

- TOP 9           Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);  
hier: Satzung zur Dichtheitsprüfung  
Bürgerantrag der Familie Schwan (Bürgerinitiative "Alles dicht in Alsdorf"), eingegangen am 29.10.2012  
Vorlage: 2012/0555
- TOP10           GGs Kellersberg/Ost  
hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2012/0556
- TOP 11           a) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Saint-Brieuc  
b) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Brunssum  
Vorlage: 2012/0557

### Nichtöffentlicher Teil

- TOP 7           Wiederbesetzung einer halben Stelle im FG 2.3 - Sonderaufgaben und Umwelt;  
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 29.10.2012  
Vorlage: 2012/0568
- TOP 8           Beförderung bzw. Laufbahnwechsel von Beamtinnen und Beamten  
Vorlage: 2012/0560

Für die **CDU-Fraktion** äußert sich **Herr Stv. Brandt** zu TOP 5, nichtöffentlicher Teil, Bebauungsplan Nr. 221 – Stadtplatz, wie folgt:

Aufgrund der in dieser Woche in der Presse (AZ/AN) erfolgten Berichterstattung sei die Fraktion der Auffassung, dass zumindest die Diskussion darüber, was nun letztlich auf dem Areal errichtet werden soll, in den öffentlichen Sitzungsteil gehöre. Die Abstimmung über den Verkauf könne dennoch im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Darüber hinaus sei er eigentlich der Auffassung, dass die Dringlichkeit, so wie sie in der Vorlage erläutert ist, in dieser Sache nicht wirklich gegeben sei, so dass der TOP eigentlich abzusetzen wäre. Es sei seiner Ansicht nach ausreichend, die Angelegenheit in der Sitzung des Rates der Stadt am 06.12.2012 zu behandeln. Seiner Meinung nach habe das gesamte Ratsgremium einen Anspruch darauf, diese bedeutende Thematik zu diskutieren.

In dieser Sache empfiehlt **Herr Bürgermeister Sonders**, die Beratung der Angelegenheit trotz der gegenteiligen Auffassung der CDU-Fraktion im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu belassen. Über die Berichterstattung in der Presse hinaus könne keine weitere öffentliche Information erfolgen. Die Dringlichkeit ergebe sich seiner Meinung nach dadurch, dass der Verkaufserlös für das Grundstück bereits als geplante Einnahme im Etat ausgewiesen sei.

**Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**, schließt sich den Ausführungen von Herrn Stv. Brandt im Wesentlichen an. Im allgemeinen öffentlichen Interesse sei die Fraktion der Auffassung, dass der Punkt öffentlich zu behandeln sei, ausgenommen natürlich die Entscheidung über den Verkauf bzw. die Vergabe.

**Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, stellt den Antrag,

- den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen und in der Sitzung des Rates der Stadt am 06.12.2012 zu behandeln,
- alternativ, den Tagesordnungspunkt heute hier im Hauptausschuss im öffentlichen Teil zu beraten.

**Herr Bürgermeister Sonders** lässt zuerst über den weitergehenden Antrag abstimmen, den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen.

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt lehnt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes (mit Mehrheit bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen) ab.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Behandlung der Angelegenheit im öffentlichen Sitzungsteil.

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt lehnt den Antrag auf öffentliche Beratung des Tagesordnungspunktes (mit Mehrheit bei 6 Gegenstimmen) ab.

Danach wird die vorliegende Tagesordnung in der nun vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

Hieran anschließend werden folgende mündliche Anfragen angekündigt:

**2 Anfragen im öffentlichen Teil durch Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion**  
**2 Anfragen im öffentlichen Teil durch Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**

Im Weiteren weist **Herr Bürgermeister Sonders** darauf hin, dass ab sofort in allen Sitzungen des Rates der Stadt und der Ausschüsse angefragt werde, ob sich ein Rats- oder Ausschussmitglied zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen erklärt, damit dies protokollarisch ordnungsgemäß erfasst werden kann und das betreffende Mitglied entweder im Zuschauerraum Platz nehmen kann oder den Raum verlässt.

---

**zu 2      Fragestunde für Einwohner**  
**Vorlage: 2012/0549**

---

Seitens der als Gäste anwesenden Einwohner werden keine Fragen gestellt.

---

**zu 3      Bericht der Verwaltung**  
**Vorlage: 2012/0550**

---

**Protokoll:**

**Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion**, nimmt Bezug auf Seite 6/8, TOP 8 (Bürgerantrag zur Verkehrssituation in Alsdorf-Begau). Er möchte wissen, ob bezüglich der durchgeführten Verkehrszählung in der heutigen Sitzung noch eine Information gegeben werde.

Hierzu führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** aus, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung wie zugesagt an die Mitglieder des Hauptausschusses weiter gegeben wurden.

Seitens der **GRÜNE-Fraktion** merkt **Herr Stv. Heidenreich** an, am 14.07.11 sei auch beschlossen worden, die Angelegenheit nach der Verkehrszählung und der Beratung mit den Bürgern im Hauptausschuss noch einmal zur Tagesordnung zu stellen. Seiner Meinung nach sollte der Bürgerantrag im Hauptausschuss dementsprechend abgeschlossen werden.

Die sich hieran anschließende kurze Diskussion fasst **Herr Bürgermeister Sonders** dahingehend zusammen, dass auch eine weitere Beratung im Hauptausschuss keine neuen Fakten bringen würde und lediglich eine „Kenntnisnahme“ zur Folge hätte, da die Zuständigkeit in der Sache bei der Verwaltung liege.

Hieran anschließend lässt er darüber abstimmen, ob die Angelegenheit erneut zur Tagesordnung gestellt werden soll.

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen), dass die Angelegenheit nicht noch einmal zur Tagesordnung gestellt wird.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse sowie über noch nicht ausgeführte Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einmütig.

### **Protokoll:**

Eingangs legt **Herr Stv. Mortimer** für die Antrag stellende **ABU-Fraktion** dar, dass - wie bereits im Antrag ausgeführt - im Stadtgebiet vermehrt Container zum Zwecke von Altkleidersammlungen aufgestellt werden, und zwar teilweise auf privaten, teilweise auf städtischen Grundstücken. Dies sei nicht nur mit einem Verlust für die Sammlungen der karitativen Einrichtungen verbunden, sondern stelle auch ein hygienisches Problem dar und verschandele das Stadtbild. Seine Fraktion bitte deshalb darum, „wilde“ Aufstellungen zu unterbinden.

Zu dieser Thematik führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** aus, die Verwaltung sehe das Problem ähnlich. Durch eine Veränderung des Abfallwirtschaftskreislaufgesetzes bestehe eventuell die Möglichkeit, eine Verschärfung bei der Handhabung von illegal aufgestellten Containern durchzusetzen. Es gebe hierbei jedoch eine unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen der Städteregion und dem Kreis Düren, die beide für ihr jeweiliges Entsorgungsgebiet innerhalb der Regioentsorgung tätig sind. Sobald diesbezüglich eine Einigung eingetreten sei, werde die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten.

**Herr Stv. Weber, REP-Fraktion**, merkt an, problematisch seien seiner Meinung nach nicht nur die Container, die den karitativen Verbänden schaden, sondern auch die größtenteils runden Behälter, die an Privatgrundstücke gestellt würden und den Straßenverkehr gefährden, weil sie sich immer wieder unkontrolliert in Richtung Straße bewegen. Auch das sollte unterbunden werden.

**Herr Erster Beigeordneter Kahlen** antwortet, die Verwaltung werde versuchen, die angesprochenen Probleme im Rahmen der Satzungsänderung mit berücksichtigen zu lassen.

Nach der Aussprache, an der sich die Herren Stv. Brandt, CDU-Fraktion, Plum, SPD-Fraktion, Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, Mortimer und Hennes, ABU-Fraktion, und Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, beteiligen, fasst **Herr Bürgermeister Sonders** die Diskussion dahingehend zusammen, dass es nicht darum gehe, die Altkleidercontainer ganz abzuschaffen, vielmehr sollen geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Eine geregelte Altkleiderentsorgung solle auf jeden Fall erhalten bleiben. Unterbunden werden soll jedoch das unkontrollierte Aufsetzen von Containern an jeder nur in Frage kommenden Ecke.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses eine beratungsreife Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**zu 5      3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Notunterkünfte der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000 mit Wirkung zum 01.01.2013**  
**Vorlage: 2012/0499**

---

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt die Gebührenkalkulation und die 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Notunterkünfte der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000 (Anlagen zur Originalniederschrift) mit Wirkung zum 01.01.2013.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**zu 6      Regionale Strukturreform;**  
**hier: Auflösung des Regio Aachen e.V. und Gründung des Zweckverbandes Region Aachen**  
**Vorlage: 2012/0472**

---

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt fasst folgende Beschlüsse:

1.  
Er begrüßt die Gründung des Zweckverbandes Region Aachen als schlagkräftige politisch-strategische Plattform für regional bedeutsame Aufgaben zum 01.01.2013.
2.  
Er stimmt zu, dass der Zweckverband Rechtsnachfolger der Regio Aachen e.V. ist, der nach entsprechender Beschlussfassung der Regionalkonferenz aufgelöst wird.
3.  
Er nimmt zur Kenntnis, dass die Städteregion Aachen den kommunalen Mitgliedsbeitrag in Höhe von rund 5.000,-- € p.A. im Rahmen der Verbandsumlage abdeckt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

zu 7      **Hebesatzsatzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf**  
**Vorlage: 2012/0525**

---

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf - Hebesatzsatzung - (Anlage zur Originalniederschrift).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

zu 8      **Anfragen und Mitteilungen**  
**Vorlage: 2012/0551**

---

**Protokoll:**

**Mündliche Anfragen**

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;**  
**hier: Beschilderung am Kindergarten „Herz Jesu“ in Alsdorf-Kellersberg**

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;**  
**hier: Wasserverlust am Wasserspielplatz im Annapark**

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**  
**hier: Erweiterung der Sendeanlagen an der Evangelischen Kirche in Alsdorf-Ofen**

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**  
**hier: Toilettenanlage am Annapark**

**Mitteilungen**

**Aktionswoche "Hand in Hand statt fremd und feindlich"**

**Mitteilung durch Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen;**  
**hier: Schließung des Rathauses am 27./28.12.2012**

**Mitteilung durch Herrn Kämmerer Hafers;**  
**hier: Haushalt 2012**

---

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;  
hier: Beschilderung am Kindergarten „Herz Jesu“ in Alsdorf-Kellersberg**

In vorbezeichneter Angelegenheit führt Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, aus, in einer der letzten Sitzungen sei ein Fraktionsantrag auf eine Beschilderung auf Friedhöfen aus finanziellen Gründen abgelehnt worden. Nun seien in der verkehrsberuhigten Zone am Kindergarten „Herz Jesu“ in der Hebbelstraße Schilder aufgestellt worden, die zu ordnungsgemäßigem Fahrverhalten an dieser Stelle auffordern. Hierzu stellt er folgende Fragen an die Verwaltung:

- Wie viele Schilder wurden angeschafft?
- Was haben sie gekostet?
- Woraus wurden sie bezahlt?

Darüber hinaus merkt er an, dass Schilder seiner Meinung nach nicht wirklich etwas bewirken. Die Meinung seiner Fraktion sei, dass Kontrollen durch die Polizei verbunden mit Bußgeldern mehr ausrichten würden.

Diese Anfrage beantwortet **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** wie folgt:  
Erstens sei festzustellen, dass verkehrsregelnde Maßnahmen eine Pflichtaufgabe seien und nicht zu den freiwilligen Leistungen gehören, wie z.B. die angesprochene Beschilderung auf Friedhöfen. Zweitens sollte der Schutz von Kindern immer Priorität haben, insofern sei der Hinweis zum langsamen Fahren angebracht. Die Bezahlung derartiger Maßnahmen erfolge grundsätzlich aus Mitteln der Verkehrsüberwachung.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die drei Schilder haben rd. 420,00 €/Stück gekostet. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:*

*Betrag pro Schild 280,00 €, Pfosten 50,00 €, Schellen 10,00 €, Personal/Fahrzeug 80,00 €.*

*Diese Kosten hat der Eigenbetrieb Technische Dienste im Rahmen der Verkehrslenkung übernommen. Sie gehen also zu Lasten des Straßenunterhaltes.*

-----

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;  
hier: Wasserverlust am Wasserspielplatz im Annapark**

Es werde immer wieder angemerkt, dass am Wasserspielplatz im Annapark eine große Wassermenge verloren gehe, so **Herr Stv. Weber, REP-Fraktion**. Seiner Meinung nach sei die Schaltung nicht optimal. Er stellt die Frage an die Verwaltung, ob die Steuerung verändert werden könne.

Hierzu antwortet **Herr Bürgermeister Sonders**, das Fachgebiet 4.3 – Hoch-, Tiefbau, Verkehrsplanung, Herr Göttgens, habe sich mit der Thematik befasst. Es gebe eine Zeitschaltuhr, die auch jahreszeitlich bedingt arbeite. Über diese Uhr werde die Steuerung geregelt. Der Wasserverlust hänge in erster Linie mit der Dichtigkeit des Bodens zusammen. Dort eine aufwändige Sanierung vorzunehmen, sei aus Sicht der Verwaltung nicht machbar. Für weitere detaillierte Fragen zu dieser Thematik könne der Leiter des FG 4.3 angesprochen werden.

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion  
hier: Erweiterung der Sendeanlagen an der Evangelischen Kirche in  
Alsdorf-Ofen**

**Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**, stellt hierzu folgende Fragen:

- Ist die Stadtverwaltung über die erweiterte Installation informiert?
- War sie an dem Genehmigungsverfahren beteiligt?
- Welche Auswirkungen haben die zusätzlichen Sendeanlagen?
- Inwieweit und in welchem Maße werden sich die zusätzlichen Sendekapazitäten auf die Elektromokbelastung des Umfeldes auswirken?

In Beantwortung der Anfrage führt **Herr Bürgermeister Sonders aus**, die Frage, ob ein entsprechender Antrag zur Installation der zusätzlichen Sendeanlage bei der Verwaltung eingegangen sei, müsse nachträglich beantwortet werden. Falls ein bauordnungsrechtlicher Antrag erforderlich war, sei dieser sicher im Haus bearbeitet worden. Generell würden derartige Maßnahmen alle nach dem Bauordnungsrecht bearbeitet. Informationspflichtig sei in derartigen Dingen derjenige, der die Anlage gestattet. Das sei in diesem Falle die evangelische Kirchengemeinde. Die Verwaltung sei hiervon also nicht betroffen. Bezüglich der Frage der Elektromokbelastung müsse gesagt werden, aufgrund einer entsprechenden Vermutung könne eine Baugenehmigung nicht verwehrt werden. Die Entscheidung darüber, ob eine Genehmigung erteilt werde oder nicht, werde allein anhand der Landesbauordnung und den entsprechenden Vorschriften des Baugesetzes getroffen.

Anmerkung der Verwaltung:

- *Ist die Stadtverwaltung über die erweiterte Installation informiert?*

*Seitens der Deutschen Telekom wurde die erweiterte Installation angezeigt. Sie sollte 2012/2013 errichtet werden, wurde bereits im Herbst 2012 realisiert.*

- *War sie an dem Genehmigungsverfahren beteiligt?*

*Eine Baugenehmigung wurde nicht erteilt. Sie war auch nicht erforderlich, da die Anlage laut § 65 Abs.1 Satz1 Nr.18 BauO NRW genehmigungsfrei ist : ..."Masten und Sendeanlagen einschl. der Masten mit einer Höhe bis zu 10 m ...".*

*Es wurde eine Ausnahmegenehmigung für diesen Standort im Jahr 2006 durch die Bauaufsicht erteilt bzgl. der „ausnahmsweisen Zulässigkeit von sonstigen nicht störenden Gewerbebetrieben im allgemeinen Wohngebiet“, da durch die Anlage keine Beeinträchtigung der Anwohner zu erwarten war und dieser Standort am Kirchturm am besten geeignet war, eine akzeptable flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.*

- *Welche Auswirkungen haben die zusätzlichen Sendeanlagen?*

*Auch nach Installation der zusätzlichen Sendeanlagen müssen die gesetzlichen Grenzwerte bzgl. elektromagnetischer Felder eingehalten werden. Die Grenzwerte*

sind in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes - Verordnung über elektromagnetische Felder - definiert. Zu jedem Mobilfunkstandort existiert eine Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur, in der alle Sendeanlagen aufgeführt sind. Zu jeder Sendeanlage ist auch jeweils ein Sicherheitsabstand angegeben, in dem sich keine Menschen aufhalten dürfen. Die Bundesnetzagentur führt hierzu auch stichprobenhafte Kontrollen durch.

- Inwieweit und in welchem Maße werden sich die zusätzlichen Sendekapazitäten auf die Elektrosmogbelastung des Umfeldes auswirken?

Mit Elektrosmog werden üblicherweise elektromagnetische Felder bezeichnet. In der Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur wird der Standort „Kirchturm Theodor-Seipp-Str. 44 a“ nach den Regelungen der Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder (BEMFV) auf der Grundlage des § 12 des Gesetzes über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen vom 31.01.2001, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 07. Juli 2005, bewertet. Sicherlich werden die gesamten von den Sendeanlagen erzeugten elektromagnetischen Feldstärken etwas höher als vorher sein, aber die gesetzlichen Anforderungen dazu werden in jedem Fall eingehalten.

-----

### **Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion hier: Toilettenanlage am Annapark**

In dieser Sache legt **Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**, dar, zum wiederholten Male sei die Toilette am Bushof durch Vandalismus zerstört worden und nunmehr bereits seit längerer Zeit geschlossen. Er stellt folgende Fragen an die Verwaltung:

- Wie soll hier weiter verfahren werden?
- Könnte man diese Anlage so herrichten, dass daraus eine Toilette für Menschen mit Behinderung werde, die mit speziellem Schlüssel zu öffnen ist?

Hierzu antwortet **Herr Bürgermeister Sonders**, seine Information sei, dass diese Toilette so gut wie nie benutzt worden ist. Die bereits angesprochenen Zerstörungen immer wieder in Ordnung bringen zu lassen, sei aufwändig und teuer. Er werde prüfen lassen, ob die Variante mit speziellem Schlüssel durchführbar sei. Er sagt eine schriftliche Information hierüber zu.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Die Toilettenanlage wird immer wieder durch Vandalismus beschädigt. In den meisten Fällen wird dabei der Münzeinwurf aufgebrochen. Da dann stromführende Kabel frei liegen, muss die Anlage aus Sicherheitsgründen außer Betrieb genommen werden. Die Verwaltung ist stets um eine zügige Instandsetzung bemüht, jedoch nimmt die Bestellung von Ersatzteilen häufig einen längeren Zeitraum in Anspruch. In diesem Jahr wurden Vandalismusschäden i.H.v. ca. 4000,00 € verursacht.

Grundsätzlich ist es möglich, die Toilette nur für Schlüsselbenutzer freizugeben und den "Münzmechanismus" zu entfernen, so dass kein Anreiz für Einbruchdiebstahl

*mehr besteht. Die Anlage ist bereits heute mit einem Euro-WC-Schlüssel für Menschen mit Behinderung ausgestattet. Einige Busunternehmen haben Schlüssel für ihre Fahrer angemietet.*

-----

### **Aktionswoche "Hand in Hand statt fremd und feindlich"**

**Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, bedankt sich bei der Verwaltung für die hervorragende Organisation der Aktionswoche gegen Rechts.

Herr Bürgermeister Sonders dankt seinerseits für die rege Teilnahme an den einzelnen Veranstaltungen seitens der Einwohnerschaft und der Politik.

-----

### **Mitteilung durch Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen; hier: Schließung des Rathauses am 27./28.12.2012**

**Herr Erster Beigeordneter Kahlen** teilt mit, dass beabsichtigt sei, das Rathaus in der Zeit vom 27. bis 28.12.2012 zu schließen. Infolge der hierfür in Anspruch genommenen Urlaubstage durch die Bediensteten der Verwaltung würde erreicht, dass etwa 100.000 Euro weniger an Rückstellungen im Haushalt gebucht werden müssten. Ein Notdienst für besondere Bereiche werde selbstverständlich eingerichtet.

-----

### **Mitteilung durch Herrn Kämmerer Hafers; hier: Haushalt 2012**

**Herr Kämmerer Hafers** informiert die Mitglieder des Hauptausschusses darüber, dass das aufsichtsbehördliche Verfahren zum Haushalt 2012 zum Abschluss gebracht worden sei. Mit Datum vom 11.10.2012 sei der Haushalt öffentlich bekannt gemacht worden. Die freiwilligen Leistungen seien im Wesentlichen ausgezahlt. Eine neue Auflage der Genehmigungsbehörde sei gewesen, erstmalig zum 30.10.2012 über die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen zu berichten. Aus diesem Grund sei ein Controllingbericht erstellt worden, der den Stadtverordneten in der Sitzung des Rates der Stadt am 11.12.2012 zur Kenntnis gegeben werde.

---

zu 9      **Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);**  
**hier: Satzung zur Dichtheitsprüfung**  
**Bürgerantrag der Familie Schwan (Bürgerinitiative "Alles dicht in Alsdorf"),**  
**eingegangen am 29.10.2012**  
**Vorlage: 2012/0555**

---

**Protokoll:**

Zur Thematik „Dichtheitsprüfung“ teilt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** mit, dass gemäß einer Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen seitens der Landtagsfraktionen von SPD und GRÜNEN ein entsprechender Antrag in den Landtag eingebracht worden sei. Das bedeute, dass Eigentümer von Ein- bzw. Zweifamilienhäusern im Stadtgebiet von Alsdorf voraussichtlich von der Prüfung befreit werden. Es bedürfe jedoch noch einer rechtlichen Prüfung, um ggf. im Dezember die Aufhebung der Satzung vorzuschlagen.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt:

Der Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW der Eheleute Schmidt-Schwan vom 29.10.2012 wird an den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Technische Dienste verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

zu 10      **GGs Kellersberg/Ost**  
**hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf**  
**Vorlage: 2012/0556**

---

**Protokoll:**

In vorgenannter Angelegenheit beantragt **Herr Stv. Weber, REP-Fraktion**, beschließen zu lassen, der Hauptausschuss möge die Verwaltung beauftragen, eine beschlussfähige Vorlage für die Sitzung des Rates der Stadt im Dezember 2012 zu erarbeiten.

**Herr Bürgermeister Sonders** stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt lehnt den Antrag auf Erarbeitung einer Vorlage für den Rat der Stadt (bei 1 Gegenstimme) mit Mehrheit ab.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme).

---

zu 11      a) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Saint-Brieuc  
              b) Genehmigung einer Dienstreise in die Partnerstadt Brunssum  
              Vorlage: 2012/0557

---

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt genehmigt die unter a) und b) aufgeführten Dienstreisen:

**a) Ziel der Dienstreise  
Saint-Brieuc****Zeitpunkt der Dienstreise:**

13. 12. bis 17.12.2012

**Zweck der Dienstreise:**

Besuch des Weihnachtsmarktes 2012

**Teilnehmer/innen:**

Stv. Heinrich Plum

Stv. Hubert Hennes

Reinhard Wiegand, Mitglied des Partnerschaftskomitees

Robert Saffer, Mitglied des Partnerschaftskomitees

Helga Ochs, Mitglied des Partnerschaftskomitees

**b) Ziel der Dienstreise  
Brunssum****Zeitpunkt der Dienstreise:**

18.12.2012

**Zweck der Dienstreise:**

Erstes Abstimmungsgespräch zum Partnerschaftsjubiläum im Jahr 2013

**Teilnehmer/innen:**

Stv. Heinrich Plum

Stv. Hubert Hennes

Herr Helmut Klein

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

gez. Sonders  
Bürgermeister

gez. Scheefe  
Schriftführerin